

SWR2 Wissen

Die Macht des Militärs

Aus der Reihe: Die Macht ... (8/10)

Dirk Asendorpf im Gespräch mit Andrea Rehmsmeier

Sendung vom: Samstag, 24. September 2022, 8.30 Uhr

Redaktion: Dirk Asendorpf

Produktion: SWR 2022

Russlands Überfall auf die Ukraine hat für rasant steigende Rüstungsausgaben gesorgt. Kam der Machtzuwachs des Militärs wirklich so plötzlich wie es scheint?

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

Ansage:

SWR2 Wissen Spezial – Die Macht...

Dirk Asendorpf:

Von einer „Zeitenwende“ sprach Olaf Scholz in seiner Rede vom 27. Februar 2022. Seit Russlands Überfall auf die Ukraine sei die Welt nicht mehr dieselbe. Und tatsächlich: Deutschland liefert Waffen in ein Kriegsgebiet, die NATO gewinnt neue Mitglieder, Forschende prophezeien eine Rückkehr des nuklearen Wettrüstens. Plötzlich sind Militärstrategien, Bundeswehr-Ausstattung und Atomkriegsangst in der öffentlichen Diskussion. Und für rasant steigende Rüstungsausgaben gibt es Medienapplaus. Kam der Machtzuwachs des Militärs wirklich so plötzlich wie es scheint?

Ich bin Dirk Asendorpf aus der SWR2 Wissen-Redaktion und in dieser Folge geht es um:

Ansage:

Die Macht des Militärs

Dirk Asendorpf:

Neben mir sitzt Andrea Rehmsmeier, freie Journalistin und schon im vergangenen Jahr Autorin unserer Folge zur Macht des Militärs. Weil seitdem so viel geschehen ist, haben wir uns entschlossen, die Sendung neu zu produzieren. Hallo Andrea.

Andrea Rehmsmeier:

Hallo Dirk.

Dirk Asendorpf:

Andrea, du hast den Ukraine-Krieg nicht nur von Deutschland aus verfolgt, du warst auch in Polen, in der Slowakei und in Österreich. Und Russland kennst du von früheren Reisen. Was würdest du sagen: Ist das Militär in der Welt, in der wir heute leben, mächtiger als vor dem Ukraine-Krieg?

Andrea Rehmsmeier:

Wenn es um Deutschland geht: Eindeutig ja. Da ist vieles geschehen, was vorher schlichtweg undenkbar gewesen wäre. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigt eine massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben an und erhält dafür von allen Seiten Applaus – vom Bundestag, von den Medien und wie Umfragen zeigen ja auch von der Bevölkerung. Deutschland hat mit einer zentralen außenpolitischen Doktrin gebrochen und liefert jetzt Waffen in ein Kriegsgebiet. Die klassischen pazifistischen Positionen haben im Bundestag keine parlamentarische Vertretung mehr. Wenn es um eine militärische Lösung des Ukraine-Kriegs geht, dann sind die Grünen eher treibende Kraft als Bremser, die Linke als die letzte bekennende pazifistische Partei in Deutschland ist in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Lars Klingbeil, Bundesvorsitzender der SPD, sieht Deutschland als eine „globale Führungsmacht“, die im Zweifelsfall auch „militärische Gewalt“ als legitimes Mittel einsetzen muss. Waffen, Waffenlieferungen, Frontverläufe, Militärstrategie sind nicht nur täglich in den Medien, sie sind auch Partygespräch. Die Deutschen nehmen emotional stark teil am Ukraine-Krieg, und das führt zu aufgeheizten Diskussionen: Sofa-Pazifisten sagen die einen, Balkon-Bellizisten antworten die anderen. Als seien die Deutschen aus einer pazifistischen Illusion aufgewacht. Am zurückhaltendsten äußern sich in der Öffentlichkeit erstaunlicherweise die, die am meisten von Waffentechnik und Kriegsführung verstehen – ehemalige Generäle.

Dirk Asendorpf:

Bevor wir uns näher mit Deutschland beschäftigen, ein Blick nach Russland. 2019, also kurz vor Corona, warst Du zuletzt dort. Am 9. Mai wird in Russland jedes Jahr der Sieg über Hitlerdeutschland gefeiert, zunächst als stiller Gedenktakt, seit 2008 als Militärparade. Wir hören mal rein.

O-Ton 1: Ansager (russisch)

Übersetzer:

Kinder, klatscht in die Hände! Unseren Veteranen zum Dank, die für uns den Sieg errungen haben! Ihr Mütter und Väter! Klatscht zu Ehren unserer wunderbaren Veteranen!

Andrea Rehmsmeier:

Ich war nicht in Moskau, ich war in Perm war die halbe Stadt auf den Beinen, viele waren in Festkleidung gekommen, hatten Fotos von ihren im Zweiten Weltkrieg gefallenen Vätern oder Großvätern dabei. Die Innenstadt war abgesperrt, es gab Panzerparaden, Militärkapellen und mehrere Festtribünen. Befremdet, ja geradezu schockiert war ich allerdings von dem, was sich auf einem Nebenplatz abspielte. Da standen bewaffnete Soldaten in voller Kampfmontur, mit denen man sich fotografieren lassen konnte. Die Kinder sollten einen Abenteuer-Parcour machen, sich Gasmasken über das Gesicht ziehen, unter Seilen hindurch robben und mit Tennisbällen wie mit Handgranaten auf Ziele werfen. Und die Eltern standen dabei und feuerten sie an. Ich dachte nur: Oje. Krieg als Abenteuerspielplatz.

Dirk Asendorpf:

Und glaubst Du, die Menschen haben diese Propaganda-Show durchschaut?

Andrea Rehmsmeier:

Für die meisten ist dieser Tag des Sieges einfach etwas sehr Selbstverständliches. Und viele nehmen es bis heute zum Anlass, Veteranen zu ehren und sich mit der Kriegsgeschichte der eigenen Familie auseinanderzusetzen. So weit so gut, das hatte ich nicht anders erwartet. Aber ich hatte auch spannende Einzelgespräche – die mir im Nachhinein bedeutungsvoll vorkommen. Und die mir zeigen: Viele Menschen in Russland sind durchaus wachsam. Mehrfach haben mir Leute gesagt: Ich solle bitte im deutschen Radio berichten, dass dieser Feiertag auf gar keinen Fall gegen die Deutschen oder Deutschland gerichtet ist. Ich kam auch mit einem 16-Jährigen ins Gespräch, der sagte mir, er habe große Angst, zum Militärdienst eingezogen zu werden. Weil er den Eindruck hat, dass Russland gerade einen Krieg vorbereitet.

Dirk Asendorpf:

Also ein durchaus gemischtes Bild. Würdest Du trotzdem sagen, dass das Militär in Russland in Politik und Gesellschaft mehr Macht hat als in Deutschland?

Andrea Rehmsmeier:

Äußerlich betrachtet: Natürlich. Faktisch gesehen sicherlich auch. Obwohl – ich denke, in Deutschland ist die Macht des Militärs größer als sie scheint, in Russland ist sie kleiner als es scheint. Die Ehrerbietung vor dem Militär schöpft aus der Vergangenheit: aus dem blutig errungenen Sieg über Nazi-Deutschland und der Großmacht-Erinnerung an den Kalten Krieg. Die russische Armee von heute wird – zumindest von den Russinnen und Russen, mit denen ich gesprochen haben – eher als Problem gesehen. Alle Familien, die es sich leisten können, versuchen, ihre Söhne vom Wehrdienst freizukaufen, weil sie

wissen: Das ist eine Tortur, die niemandem etwas bringt.

In Deutschland ist es umgekehrt. Aufgrund unserer NS-Vergangenheit fordert das Grundgesetz eine Parlamentsarmee: Jeder Einsatz muss vom Bundestag genehmigt werden. Aber dennoch: Wenn man Militär im weitesten Sinne des Wortes versteht – also neben der Bundeswehr auch Rüstungsindustrie, Militärforschung, Politik- und Verwaltung – dann wirkt diese Macht in Deutschland eher im Verborgenen. Und sie ist gar nicht so klein. Nur: Bis zum Ukraine-Krieg hat sich bei uns ja niemand sonderlich für Militärangelegenheiten interessiert. Die Bevölkerung nicht, und wir Medienvertreter leider auch nicht.

Dirk Asendorpf:

Wir hätten mehr recherchieren und berichten sollen? Worüber genau?

Andrea Rehmsmeier:

Über Deutschlands Rüstungsausgaben. Über die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Über Deutschlands Rolle in der NATO. Über die riesigen Militärmanöver, die in den vergangenen Jahren auf beiden Seiten der NATO-Russland-Grenze stattgefunden haben. Über Bundeswehreinätze im Inneren – nur über den Corona-Einsatz wurde ausführlich berichtet. Über die Verbindungen von Rechtsextremismus und Militär. Über Entwicklungen in der Waffentechnik, insbesondere über umstrittene Entwicklungen wie zum Beispiel autonome Waffensysteme. Über die allzu engen Verflechtungen zwischen Politik und Verteidigungswirtschaft. Über Rüstungsforschung an zivilen Hochschulen. Über die gestiegene Gefahr eines Atomkrieges – Experten warnen ja schon lange davor. Jetzt ist das Drohen mit dem Atomwaffeneinsatz wieder zum Mittel der Realpolitik geworden, und niemand versteht, wie wir da so plötzlich hingekommen sind.

Dirk Asendorpf:

Nur kurz zu unserer Ehrenrettung: Zu fast allen Themen, die Du genannt hast, hatten wir in den vergangenen Jahren Sendungen im Programm von SWR2 Wissen. Aber Du hast sicher recht: Partygespräch waren diese Themen nicht. Da gab es höchstens Witze über Flugzeuge, die nicht fliegen oder Soldaten, denen die Unterhosen fehlen. Aber das soll sich ja jetzt ändern – mit dem sogenannten Sondervermögen, eigentlich kein Vermögen, sondern 100 Milliarden Euro neue Schulden, von Bundestag und Bundesrat per Grundgesetzänderung genehmigt. Und alle jubeln?

Andrea Rehmsmeier:

Die Unterstützung ist wirklich erstaunlich groß. Die Linke steht mit ihrer Kritik, das Sondervermögen sei eine „Steuergeld-Vernichtungsmaschine“, ziemlich einsam da. In der Bevölkerung ist es ähnlich. In einer Umfrage haben zwei Drittel der Befragten gesagt, sie hielten das Sondervermögen für richtig, nur 23 Prozent waren dagegen.

Dirk Asendorpf:

Siehst Du das auch so?

Andrea Rehmsmeier:

Natürlich braucht Deutschland eine funktionierende Armee, und natürlich braucht jeder einzelne Bundeswehr-Soldat hochwertige Ausstattung – was das an Steuergeld kostet, das soll es kosten. Allerdings: von „kaputtgespart“, wie es in der Vergangenheit immer wieder hieß, kann bei der Bundeswehr keine Rede sein. Das halte ich für eine gut platzierte Medienente. Im Ranking der Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben

lag Deutschland schon vor dem Sondervermögen ganz weit vorne: auf Platz sieben, nur zwei Plätze hinter Russland. Im Bundeshaushalt 2022 stehen 50,4 Milliarden Euro für die Verteidigung – ohne das Sondervermögen Bundeswehr! Mit dem regulären Verteidigungsetat könnte der Bund ein dauerhaftes Neun-Euro-Ticket bezahlen, 400 Grundschulen bauen und es wären immer noch 30 Milliarden übrig. Das Problem ist offensichtlich nicht, dass wir zu wenig für die Landesverteidigung ausgeben. Nur kommt das Geld nicht da an, wo es wirklich gebraucht wird. Da scheint eine Menge Geldmacherei im Spiel.

Dirk Asendorpf:

Olaf Scholz hat am 27. Februar ja nicht nur das Sondervermögen angekündigt, sondern auch, dass die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen sollen – jedes Jahr. Das fordert die NATO schon lange von ihren Mitgliedsstaaten, und das reiche Deutschland stand in besonderer Kritik, weil es von diesem Zwei-Prozent-Ziel lange weit entfernt war.

Andrea Rehmsmeier:

Zwei Prozent hört sich ja auch erstmal nicht so viel an. Aber es geht um immens viel Geld. Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen sprunghaft ansteigen: von jetzt 50 Milliarden auf mindestens 72 Milliarden, haben verschiedene Institute errechnet. Und das, wo unser Gesundheitswesen immer noch unter Corona leidet, wo wir das Klima retten und die Energiewende stemmen müssen. Mit solchen Verteidigungsausgaben überholen wir Russland im Alleingang. Deutschland wird damit auf Platz vier der weltgrößten Militärmächte aufsteigen. Und da frage ich mich: Vor wem wollen wir uns denn mit all diesem Geld verteidigen? Vor China? Vor den USA? Vor den Außerirdischen?

Dirk Asendorpf:

Der Bundesrechnungshof hat die Geldverschwendung durch Planungs- und Managementprobleme bei der Bundeswehr immer wieder bemängelt. Erinnerst Du Dich noch an Ursula von der Leyens Berateraffäre?

Andrea Rehmsmeier:

Ja, aber da redet heute kein Mensch mehr drüber. Dabei ist es gerade mal zwei Jahre her, dass von der Leyen, damals als Verteidigungsministerin, vor dem Untersuchungsausschuss stand. Damals ging es um mindestens 200 Millionen Euro, die sie für teure Beratungsfirmen wie McKinsey ausgegeben hat, es ging um Rechtsbruch und Hinweise auf Vetternwirtschaft. Offensichtlich versickert da immens viel Steuergeld in Beraterfirmen und in der Rüstungsindustrie. Und in diese Geldmacherei-Branche soll jetzt – ohne irgendeine Reform – so viel neues Steuergeld fließen.

Wenn es um die Verwendung des Geldes geht, dann kommt mir die gesamte NATO seltsam zielloos vor: Allein die USA geben weit mehr als zehnmal so viel für Rüstung aus wie Russland und fast dreimal so viel wie China. Will die Nato Russland bei Militärausgaben künftig 30 Mal überrunden, und China siebenmal? Bringt diese groteske militärische Überlegenheit uns irgendeinen Zuwachs an Sicherheit? Garantiert sie uns in realen Kriegen einen militärischen Sieg, wie jetzt in der Ukraine?

Dirk Asendorpf:

Du hast für Deine Sendung im vergangenen Jahr eine Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik besucht – offiziell ein gemeinnütziger Verein, gilt jedoch als Lobbyverband der Rüstungsindustrie. Am Rand dieser Veranstaltung hast Du mit einigen

ihrer Vertretern gesprochen. Sie wollten anonym bleiben. Hören wir mal was einer von ihnen zu sagen hatte.

O-Ton 2 Industrievertreter

Die wesentliche Frage ist: Schaffen wir es in dieser Legislaturperiode noch, dass wir die Aufträge bekommen? Entscheidend ist, dass die entsprechenden Studien auch vergeben werden an die Industrie, so dass jetzt wirklich auch PS auf die Straße kommt. Und dass wir als Industrie auch mit den entsprechenden Entwicklungen beginnen können.

Andrea Rehmsmeier:

Was dieser Herr sagt, ist: Die entsprechenden Studien müssen jetzt an die INDUSTRIE vergeben werden, damit WIR ALS INDUSTRIE dann auch die PS auf die Straße bringen können. Für mich klingt das nach Klüngel, und nicht danach, als würde da nach objektiven Kriterien ein echter Bedarf ermittelt.

Dirk Asendorpf:

Ein besonders spektakulärer Posten auf der Einkaufsliste des Verteidigungsministeriums sind die F-35-Tarnkappenbomber aus US-Produktion. Das soll das modernste Kampfflugzeug der Welt sein, jede einzelne Maschine kostet rund 100 Millionen Euro. Sie sollen der sogenannten nuklearen Teilhabe dienen. Denn in Deutschland, in in der Eifel, lagern ja US-Atomwaffen. Sollte ein Nato-Land Ziel eines nuklearen Angriffs werden, dann müssten Bundeswehrsoldaten die Atombomben als Gegenschlag über dem feindlichen Gebiet abwerfen. Dazu sollen die neuen F-35-Tarnkappenjets dienen.

Andrea Rehmsmeier:

Ja, und das Interessante dabei ist: Seitdem Ukraine-Krieg nehmen die Deutschen nicht nur solche immens teuren Sonderwünsche des Militärs klaglos hin. Sie unterstützen auch die nukleare Teilhabe insgesamt. Und das ist tatsächlich neu. Mitte 2021 wollten in einer repräsentativen Befragung für die Münchener Sicherheitskonferenz noch 57 Prozent, dass die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Nur 14 Prozent waren für ihren Verbleib. Im Juni dieses Jahres hat das Politikmagazin Panorama die Umfrage wiederholt. Und jetzt haben sich 52 Prozent für den Verbleib von US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland ausgesprochen.

Dirk Asendorpf:

Dabei ist das Risiko eines Atomkriegs scheinbar größer geworden. Russlands Präsident Putin hatte ja zu Beginn des Ukraine-Kriegs explizit mit seinen Atomwaffen gedroht, für den Fall, dass die NATO sich direkt in den Ukraine-Krieg einschalten sollte.

Andrea Rehmsmeier:

Eine Rückkehr zum Kalten Krieg. Da gab es schon das sogenannte „Gleichgewicht des Schreckens“: Wer zuerst schlägt, stirbt als zweiter. Und da scheinen sich inzwischen viele zu denken: Wenn wir nun schon einmal in einer Welt mit Atomwaffen leben, dann ist es besser, welche zu haben als keine zu haben. Ja, klar, stimmt natürlich. Die Sache ist nur die: Wenn wir auf die Idee kommen, dann kommen die anderen Staaten auch. Also wir jetzt als Deutschland oder wir als Europa ist ja egal. Wenn diese Logik erstmal verfängt, dann haben wir tatsächlich bald Atomwaffen überall. Und dann geh mal hin zum Iran und sag: Ja, wir brauchen die Bombe für unsere Landesverteidigung. Aber Ihr dürft so ein gefährliches Spielzeug natürlich auf keinen Fall in die Finger kriegen.

Dirk Asendorpf:

2009 hat Barack Obama den Friedensnobelpreis bekommen, und zwar für seine Vision einer atomwaffenfreien Welt, Global Zero hieß das damals.

Andrea Rehmsmeier:

Ja, lang ist's her. Heute warnt das Friedensforschungsinstitut Sipri vor einem neuen nuklearen Wettrüsten. Alle Atommächte, insbesondere aber Russland und die USA, leisten sich umfangreiche und kostspielige Programme. Atomsprengköpfe, Raketenträgersysteme und Flugzeuge – alles wird runderneuert. Das Bedenklich ist: Im Kalten Krieg gab es zwischen den Weltmächten immerhin noch vielfältige Abrüstungsverträge, Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildende Maßnahmen, die das Wettrüsten und die Gefahr eines Atomkriegs einhegen sollten. Die sind in den vergangenen Jahren fast alle ausgelaufen, oder sie wurden einseitig gekündigt. Jetzt gibt es zwischen den USA und Russland nur noch einen einzigen Abrüstungsvertrag: New Start, der beide Seiten verpflichtet, ihre Trägersysteme für Atomwaffen zu reduzieren. Doch selbst dieser Vertrag funktioniert seit dem Ukrainekrieg nicht mehr richtig: Kürzlich hat Russland den US-Waffenkontrolleuren – zumindest vorübergehend – den Zugang zu seinen Arsenalen verweigert.

Dirk Asendorpf:

Seit einigen Jahren formiert sich ja auf internationaler Ebene eine Bewegung gegen die Doktrin der nuklearen Abschreckung, der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen. Danach sind Atomwaffen völkerrechtlich geächtet, so wie auch biologische und chemische Waffen. Es ist verboten, sie zu besitzen, zu entwickeln, zu produzieren und damit zu drohen. Alles in der UNO-Vollversammlung beschlossen und seit Januar 2021 in Kraft. Der Haken: Alle offiziellen und inoffiziellen Staaten mit Atomwaffen und alle Nato-Staaten, darunter eben auch Deutschland, haben nicht unterschrieben. Ende Juni hat die UNO eine große Konferenz zum Atomwaffen-Verbotsvertrag in Wien veranstaltet, in Deutschland blieb das weitgehend unbeachtet. Anders in Österreich. Hören wir mal, was der ORF berichtet hat:

O-Ton 3: ORF-Nachrichtensendung über UNO-Konferenz

„Welchen Sinn hat ein UNO-Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffen, dem ausgerechnet die Atommächte nicht beitreten wollen? Immerhin haben bereits 122 Staaten der Erde diesen Vertrag angenommen: Er ist in Kraft. Die Vertragsstaaten setzen auf Diplomatie und die Macht der Überzeugung. Du bist in Wien dabei gewesen. Was waren deine Eindrücke?“

Andrea Rehmsmeier:

Das war eine riesige Veranstaltung, die sich über fünf Tage hinzog. Mich persönlich hat sie sehr beeindruckt, denn von Wien aus war der Blick auf das Weltgeschehen ganz anders, als wenn man in Deutschland die Nachrichten verfolgt. Österreich ist ja kein NATO-Mitglied. Ein österreichischer Journalist sagte mir – mit aller österreichischen Höflichkeit und Zurückhaltung: „Also, dass Ihr in der Nato seid und wir nicht, das ist eurer Medienberichterstattung deutlich anzumerken.“ Die Tonlage, in der deutsche Medien über den Ukraine-Krieg berichten, wird in Österreich als schrill empfunden. Als übermäßig emotional, und tendenziell auch zu einseitig auf eine militärische Konfliktlösung ausgerichtet.

Dirk Asendorpf:

Österreich ist kein NATO-Mitglied. Die österreichische Regierung hat das Rahmenprogramm der Atomwaffen-Verbots-Konferenz zusammen mit ICAN organisiert, dem Internationalen Bündnis für die Abschaffung von Atomwaffen. Auch ICAN hat 2018 den Friedensnobelpreis erhalten. Die Idee lebt offenbar, aber was bringt ein Verbotsvertrag, wenn er nur für Staaten gilt, die sowieso keine Atomwaffen besitzen?

Andrea Rehmsmeier:

Das ist genau die Crux an dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Genau darum wird er – zumindest in deutschen Medien – immer wieder als „symbolisch“ beschrieben. Eine Berichterstattung findet kaum statt. Soweit ich weiß, hat in Deutschland keine einzige Nachrichtensendung über den UN-Kongress in Wien berichtet – nicht einmal als Kurznachricht. Mir persönlich scheint allerdings: Das Bündnis, das sich da gebildet hat, ist zu breit, um es zu ignorieren. 86 Staaten haben den Atomwaffenverbotsvertrag inzwischen unterschrieben, 56 haben ihn ratifiziert. Das als „symbolisch“ abzutun oder gleich ganz zu ignorieren, das kommt mir vor wie Arroganz. Die Arroganz der Militärmächte, wenn du so willst.

Ich habe auch einen Diplomaten aus Südafrika getroffen. Sein Land hatte zu Apartheid-Zeiten in den 1970-er Jahren selber ein Atomwaffenprogramm. Aber sie haben es nach wenigen Jahren eingestellt. Man kann sich also von Atomwaffen trennen, sagt er:

Dirk Asendorpf:

Die Atomwaffenstaaten selbst hatten niemanden nach Wien geschickt?

Andrea Rehmsmeier:

Jedenfalls keine offiziellen Vertreter. Außenministerin Baerbock hatte zumindest Beobachter geschickt. Und eine ganze Reihe von Aktivisten aus der Friedensbewegung waren angereist. Zum Beispiel Marion Küpker. Sie ist Friedensreferentin beim Versöhnungsbund und seit dem NATO-Doppelbeschluss in den 1980er-Jahren Anti-Atomwaffen-Aktivistin. Es gab eine Podiumsdiskussion über die Atomwaffen, die die USA in mehreren Ländern Europas stationiert haben, unter anderem in der Eifel. Als das Panel beendet war, ergriff sie erzürnt das Mikrophon und sagte das, was ihr offensichtlich während der Fachdiskussion gefehlt hatte.

O-Ton 6: Marion Küpker (englisch)**Darüber Andrea Rehmsmeier:**

Schon seit vielen Jahren protestieren wir am Luftwaffenstützpunkt Büchel, hat Marion Küpker gesagt, auch mit zivilem Ungehorsam. 20 Gerichtsverfahren würden derzeit laufen, ein Mann aus den Niederlanden sei gerade für 30 Tage in Haft gegangen.

Die Aktivisten in Büchel treffen sich nämlich nicht nur zu Friedensgebeten und Mahnwachen. Immer wieder klettern sie auch über den Außenzaun, um auf dem Militärgelände symbolische Aktionen durchzuführen – Blumen pflanzen oder so. Dafür bekommen sie eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, und wenn sie sich weigern, diese Strafe zu bezahlen, dann können sie auch in Haft geraten. Und dagegen können sie klagen und sich auf diese Weise über die deutschen Instanzen der Gerichtsbarkeit nach oben arbeiten. Marion Küpker selbst klagt gerade vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Atomwaffenstationierung, weil das Bundesverfassungsgericht bislang Verfassungsbeschwerden zu diesem Thema nicht annimmt.

Dirk Asendorpf:

Mal abgesehen von der Renaissance der Atomwaffen – ironischerweise hat Russlands Angriffskrieg ja auch der Nato einen Machtzuwachs beschert. Finnland und Schweden treten bei, die alten Bündnispartner investieren in zusätzliche Rüstung und die Truppen an der Nato-Ostgrenze werden aufgestockt. Auch die Bundeswehr hat weitere Soldaten entsandt.

Andrea Rehmsmeier:

„Die Ostflanke stärken“, so heißt das im Militärjargon. Bundeswehrsoldaten werden zusammen mit Soldaten anderer Länder in sogenannten „multinationalen Kampfverbänden“ an der Nato-Außengrenze in Zentral- und Südosteuropa stationiert. Dabei handelt es sich um eine sogenannte „anerkannte Mission“ und nicht um einen Auslandseinsatz im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes. Der Deutsche Bundestag muss nicht zustimmen. Im Rahmen einer solchen anerkannten Mission sind derzeit bis zu 1.300 Bundeswehrsoldaten in der Slowakei stationiert. Mit Flugabwehrraketen der Marke Patriot sollen sie den slowakischen Luftraum schützen.

Dirk Asendorpf:

Du warst ja im Frühjahr in der Slowakei auf Recherche. Hast Du dort etwas von der Bundeswehrpräsenz gemerkt?

Andrea Rehmsmeier:

Ja, ich bin zusammen mit zwei slowakischen Journalistenkollegen hingefahren: Tomas Madlenak und Lukas Diko vom Jan Kuciak Recherchezentrum. Auf der Fahrt habe ich meine slowakischen Kollegen ein bisschen ausgefragt. Das haben sie gesagt:

O-Ton 8 Tomas und Lukas, darüber Übersetzung:

Übersetzung Tomas:

Recht große Teile der Bevölkerung hatten noch bis Kriegsbeginn eine pro-russische Einstellung. Hierzulande hat es nie NATO-Präsenz gegeben, da die öffentliche Meinung recht eindeutig dagegen gewesen wäre. Das ist anderes geworden, als in der Ukraine der Krieg begann.

Übersetzung Lukas:

In diesem Moment hatte niemand mehr etwas gegen die Stationierung der NATO-Truppen. Das schien eine so logische Konsequenz zu sein, dass niemand ernsthaft protestiert hat. Und es waren keine US-Soldaten bei den neu stationierten Einheiten. Sonst wäre der Protest womöglich größer gewesen. Aber die meisten Soldaten sind aus Tschechien, und wer in der Slowakei könnte dagegen etwas haben?

Dirk Asendorpf:

Es heißt ja immer, dass die osteuropäischen Staaten schon lange einen Überfall aus Russland fürchten und deshalb so schnell wie möglich in die NATO wollten. Und jetzt fordern alle, dass die NATO mehr für ihren Schutz tut? Stimmt das eigentlich?

Andrea Rehmsmeier:

Nein, nicht alle. Für Polen zum Beispiel stimmt es. Wenn ich mit den Menschen dort über den Ukraine-Krieg ins Gespräch gekommen bin, dann polterten sie sofort los. In Polen ist die Solidarität mit den Ukrainern riesig, alle schimpfen mit einer Stimme auf den Aggressor Russland, und als Deutsche konnte ich mir dort so einiges anhören, zum Beispiel: Was denn nur mit unserem Bundeskanzler los ist, dass er mit Waffenlieferungen so zögerlich ist, warum wir reichen Deutschen der Ukraine so peinlich wenig Militärhilfe leisten.

In der Slowakei – also Polens direktem Nachbarland – herrscht allerdings eine komplett andere Stimmung. Mit meinem Kollegen Tomas habe ich versucht, in einer Fußgängerzone Passanten darüber zu befragen, was die Leute von der Stationierung der Bundeswehrsoldaten und der anderen Nato-Truppen in ihrem Land halten. Das wurde die mühsamste Umfrage meines Lebens. Tomas hat die Leute auf Slowakisch angesprochen. Kaum hatte Tomas das Wort NATO ausgesprochen, nahmen die meisten direkt Reißaus. Einige wenige Meinungen haben wir dann doch zusammen bekommen.

O-Ton 9: Mann (slowakisch)

Darüber Andrea Rehmsmeier:

Ja, was glauben Sie denn wie ich über die Nato denke? Sie selbst würden doch auch keine Ausländer in Ihr Haus lassen, sagt dieser ältere Mann. Ein junger Mann ist für die Stationierung der NATO-Truppen.

O-Ton 10: Junger Mann (slowakisch)

Darüber Andrea Rehmsmeier:

Was das angeht, hat der Krieg in der Ukraine meine Meinung sehr verändert, sagt er. Und eine junge Frau meint, wir sollten Putin nicht wütend machen, sonst komme der Krieg in unser Land.

O-Ton 11: Junge Frau (slowakisch)

Darüber Andrea Rehmsmeier:

Sie ergänzt dann noch, dass sie sich große Sorgen um ihre Eltern macht, beide würden wohl eingezogen, wenn der Krieg in die Slowakei käme. „Wo sollte ich dann hingehen mit meinen beiden Geschwistern“, fragt sie.

Dirk Asendorpf:

Die Slowakei ist ein direkter Nachbar der Ukraine, der Krieg findet gleich hinter der Grenze statt.

Andrea Rehmsmeier:

Und die Regierung laviert zwischen einer pro-westlichen und pro-russischen Politik und versucht, es sich mit keiner der beiden Seiten zu verscherzen. Insgesamt aber nehmen die Slowaken ihre Mitgliedschaft in der Nato jetzt ernster als sie es vorher getan haben.

Dirk Asendorpf:

Fassen wir mal zusammen: Der Ukraine-Krieg hat die Macht des Militärs ins gesellschaftliche Bewusstsein zurückgeholt. Da wird sie auch bleiben. Ich kann mir kaum vorstellen, dass es, sobald es eine Wahl oder eine Regierungsbildung geben wird, in der diese Militärfragen keine erhebliche Rolle mehr spielen. Und das gilt für die große gesellschaftliche Debatte, aber es gilt sicherlich jetzt auch für jeden Einzelnen die Frage: Was würde ich denn tun, wenn das Militär anklopft und Soldaten braucht?

Andrea Rehmsmeier:

Das habe ich auch meinen slowakischen Kollegen Tomas gefragt. Das hat er mir gesagt:

O-Ton 13: Tomas (englisch)

Übersetzung:

Ich mag weder Schusswaffen noch diese ganze Waffenkultur. Selbst eine Waffe besitzen? Früher habe ich gedacht: Was für ein Quatsch! Seitdem Ukraine-Krieg aber sehe ich vieles anders. Ich frage ich mich: Was würde ich tun, wenn uns in der Slowakei dasselbe geschieht wie den Menschen in der Ukraine? Selbst wenn ich dann den Mut hätte, mich einer Einheit zur Landesverteidigung anzuschließen – ich wäre dort komplett nutzlos. Also habe ich mich entschlossen: Ich will schießen lernen. Ich weiß nicht, ob ich mir eine eigene Waffe anschaffen würde, aber ich möchte wissen, wie man damit umgeht. Nur für den Fall.

Abspann:

SWR2 Wissen (mit Musikbett)

Dirk Asendorpf:

SWR2 Wissen Spezial über die „Macht des Militärs“, gesprochen habe ich mit der Journalistin Andrea Rehmsmeier, mein Name ist Dirk Asendorpf. In der nächsten Folge geht es um: die Macht der Religion.

Abbinder

Anmerkung der Redaktion:

Das Manuskript weicht vom gesprochenen Wort in Teilen ab. Inhaltlich stimmen Wort und Text jedoch überein.